WASSER-AGENDA 21

Politradar Wasser 41

Periode Ende Mai 2024 bis Juni 2024; aufgeschaltet am 5. Juli 2024

Newsletter abonnieren

Volksabstimmungen

9.6. Eidgenössische Abstimmung: Das Stromversorgungsgesetz ("Mantelerlass") wird mit 68.7 % angenommen. Das Ergebnis wird sogleich sehr unterschiedlich interpretiert: von "definitiver Ausstieg aus der Atomenergie" (SP) bis zu "nun erneut auf Atomenergie setzen" (SVP). Für die Gewässer relevant ist der neu geschaffene Vorrang für den Bau bzw. die Erweiterung von 16 Wasserkraftanlagen vor anderen nationalen Interessen.

Bundesrat

31.5. Der Bundesrat passt vier Verordnungen aus dem Umweltbereich an, unter anderem die Gewässerschutzverordnung: Darin enthalten ist eine Verlängerung der Übergangsregelung um vier Jahre bei den Programmvereinbarungen Wasser (Revitalisierung).

Parlament

3.6. In der Fragestunde beantwortet der BR zwei Fragen im Zusammenhang mit Eawag Studien: Reduktion von Ammoniakemissionen zugunsten der Luzerner Seen (Michael Töngi GPS/LU, 24.7269; siehe auch BG-Urteil zur Phosphorverordnung des Kantons LU, Inforadar 39); und «Schweizer Bäche erfüllen ihre Rolle als Lebensraum für Tiere nur eingeschränkt» (Claudia Friedl SP/SG, 24.7440).

3.6. Der Nationalrat empfiehlt die Umweltverantwortungsinitiative ("Für eine verantwortungsvolle Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen") der jungen Grünen zur Ablehnung und lehnt auch den Antrag für einen direkten Gegenvorschlag ab. Der NR will somit keinen neuen Verfassungsartikel, der den Umweltschutz in der Schweiz zur Priorität machen soll, und folgt dem Beschluss des BR und der UREK-N.

5.6. Der Ständerat verurteilt auf Antrag der Rechtskommission das Klimaurteil des EGMR als "unzulässigen und unangemessenen gerichtlichen Aktivismus" (Verein Klimaseniorinnen Schweiz u. a. versus Schweiz, 24.053). Drei Versionen der Erklärung stehen zur Abstimmung und werden ausführlich diskutiert. Der Nationalrat nimmt die Erklärung ("Effektiver Grundrechtsschutz durch internationale Gerichte statt gerichtlicher Aktivismus") am 12.6. ebenfalls an (24.054).

10.6. Der Ständerat folgt dem Antrag des Bundesrates, dass ein Inventar über alle noch bestehenden historischen Wasserkraftanlagen erstellt werden soll (Postulat UREK-S 24.3007).

11.6. Nach dem Nationalrat (28.2.2024) nimmt auch der Ständerat die Motion "Die neue Massnahme von 3,5 Prozent Biodiversitätsförderflächen auf offener Ackerfläche wieder aufheben" (22.3819) von alt Nationalrat Jean-Pierre Grin (SVP/VD) an. Die Mehrheit der WAK-S fand die BFF "zu umstritten". Damit ist die Schaffung von zusätzlichen Flächen für Biodiversität nach zweimaliger Verschiebung definitiv vom Tisch. Das Parlament macht damit eine der Hauptmassnahmen zur Umsetzung der PaIv 19.475 (Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren) rückgängig, die als indirekter

Gegenvorschlag zur Trinkwasserinitiative gehandelt wurde - und dies entgegen dem Aufruf von BR Parmelin, nicht gegen Treu und Glauben zu verstossen.

11.6. Der Ständerat gibt der Palv "Erneuerbare Energien und wirtschaftliche Entwicklung höher gewichten als Behördeninventare ohne demokratische Legitimation" 21.487, Werner Salzmann (SVP/BE), keine Folge.

18.6. Die UREK-N weist das überarbeitete Geoinformationsgesetz mit 20 zu 5 Stimmen zur Überprüfung an den BR zurück (23.060). Der Entwurf sieht vor, dass die Inhaberinnen und Inhaber geologischer Daten dazu verpflichtet sind, ihre Daten auf Ersuchen des Bundes oder der Kantone den öffentlichen Behörden zur Verfügung zu stellen, sofern diese Daten für die Erfüllung der Kantons- und Bundesaufgaben erforderlich sind. Die Kommission will verhindern, dass die neuen Bestimmungen zum Präzedenzfall für die Verstaatlichung privater Daten werden.

Weitere, in der Sommersession erledigte Vorstösse

Nationalrat:
22.3444, Motion Martina Munz SP/SH, Aktionsplan "Verminderung und Vermeidung von Mikroplastik in Gewässern"; abgelehnt.

24.3348, Interpellation Balthasar Glättli GPS/ZH, "Wie regelt der Bundesrat den Einsatz von PFAS-Pestiziden?"; vom BR beantwortet, erledigt.

24.3329, Interpellation Christophe Clivaz GPS/VS, "Wie soll die Belastung durch Mikroplastik aus dem Reifenabrieb auf Nationalstrassen verringert werden?"; vom BR beantwortet, erledigt.

24.3243, Interpellation Sophie Michaud Gigon GPS/VD, "Das wirtschaftliche und ökologische Problem der Quagga-Muscheln. Welche Wege verfolgt der Bund?"; vom BR beantwortet, erledigt.

22.3441, Postulat Bruno Storni SP/TI, "Effiziente Nutzung des Trinkwassers und daher Einsatz von energieeffizienten Anlagen und Geräten"; abgelehnt.

24.3107, Interpellation Martina Munz SP/SH, "Beeinträchtigt das geplante Atommülllager die strategischen Trinkwasserreserven?"; erledigt.

Ständerat:
23.3021, Motion UREK-N, Erweiterungs- und Modernisierungsinvestitionen bei Wasserkraftanlagen sicherstellen; abgelehnt im SR.

Gerichte

23.5. Syngenta unterliegt im Streit mit Bund vor Gericht: Der Bund darf eine neue Weisung an die Kantone erlassen zu Massnahmen gegen möglicherweise krebserregende Abbauprodukte des Pestizids Chlorothalonil. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 20.3. eine Beschwerde des Agrochemiekonzerns Syngenta grösstenteils abgewiesen.

Kantone (Auswahl)

6.6. Wallis: 3. Rhonekorrektion: Das Generationenprojekt für total rund 3.6 Mrd. Franken wird nach einem Entscheid des Walliser Staatsrates gestoppt, bzw. grundlegend revidiert. Die Herausforderungen und Bedürfnisse hätten sich seit dem Start vor über 20 Jahren stark verändert – Eine Analyse "bringt überhöhte Sicherheitsziele ans Licht." Der Entscheid löst mehrere Anfragen im Parlament in Bern aus, etwa nach den bereits ausbezahlten oder bewilligten Subventionen; 24.7326, 24.7341, 24.7344, 24.7350. BR Rösti will abwarten, was der Kanton exakt ändern will. Wenn die Ziele des Projekts nicht mehr erreicht werden, könne der Bund Subventionen zurückfordern, sagte er vor dem Parlament. Widerstand kommt vor allem von Landwirten, welche für lokale Flussraumaufweitungen Land abgeben müssen.

Weiteres

28.5. Der VSA vergleicht in einer Medienmitteilung zum Thema Schwammstadt und Mischwasserüberläufe die grundsätzlich sehr gute Situation in der Schweiz mit der vielerorts desolaten Situation in England. Der Branchenverband kommt zum Schluss, dass Starkregenereignisse zwar kurzzeitig auch in Schweizer Gewässern zu Qualitätsproblemen führen können, dies jedoch weitestgehend unproblematisch und gesetzeskonform ist.

7.6. Der Aargauische Fischereiverband, Aqua Viva, Greenpeace Schweiz und der Schweizerische Fischerei-Verband erheben Einsprache gegen die Ausnahmegenehmigung für die Einleitung von Kühlwasser aus dem Kraftwerk Beznau in die Aare, auch wenn die kritische Schwelle von 25 Grad bereits überschritten ist. Diese Wassertemperaturen können für Fische und andere Wasserbewohner tödlich sein. Sollte das BFE diese Ausnahmeregelung nicht widerrufen, muss die Axpo gemäss den Umweltschutzorganisationen wenigstens dazu verpflichtet werden, entsprechende Ersatzmassnahmen als ökologische Kompensation zu leisten (Medienmitteilung).

EU / Ausland

14.5. In einem Bericht vertritt der WWF Deutschland die Position, dass die EU-Mitgliedstaaten mit ihren Beiträgen für den EU-Haushalt jährlich zwischen 34 und 48 Milliarden Euro an EU-Subventionen in naturschädliche Aktivitäten investieren. Betroffen seien alle wichtigen Wirtschaftssektoren in Europa, neben der Landwirtschaft auch der Verkehrs- und Wassersektor. Damit werde die Verschlechterung von Wasserökosystemen verschärft.

23.5. Eine neue Methodik soll EU-weit die Überwachung von Mikroplastik im Trinkwasser unterstützen.

27.5. Der Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) fordert anlässlich der Veröffentlichung einer neuen Studie, welche die PFAS-Belastung von Flüssen und Grundwasser in Europa beleuchtet, erneut ein PFAS-Verbot.

3.6. Niedersachsen publiziert ein Thesenpapier zur umweltfreundlichen Nutzung der Wasserkraft. Der Energieminister des Deutschen Bundeslands sagt dazu, dass kleine Wasserkraft angesichts der verursachten ökologischen Schäden oft nicht sinnvoll sei. Kritik kommt umgehend von der ARGE Kleinwasserkraft.

17.6. Der EU Umweltministerrat verabschiedet das umstrittene Renaturierungsgesetz. Demnach sollen in der EU Moore und Flüsse in ihren natürlichen Zustand zurückversetzt sowie mehr Bäume gepflanzt werden, bis 2030 auf mindestens 20 der Land- und Meeresflächen, bis 2050 in allen Ökosystemen, die einer Wiederherstellung bedürfen. Zentrale Punkte betreffen die Wiedervernässung entwässerter Moore sowie die Überführung von mindestens 25'000 Flusskilometern in einen natürlichen, frei fliessenden Zustand bis 2030. Die knappe Mehrheit kam durch einen Kurswechsel Österreichs zustande.

17.6. IGB: Schiffsverkehr führt zu Verlust der biologischen Vielfalt in Europas Flüssen. Die Binnenschifffahrt ist laut einem internationalen Forschungsteam nicht umweltverträglich. Der Schiffsverkehr habe in den letzten Jahrzehnten zu einem deutlichen Verlust der biologischen Vielfalt beigetragen – und dazu, dass die verbliebenen Tiergemeinschaften immer einheitlicher werden und sich invasive Arten ausbreiten, schreibt das Institut.

Ausblick

Am 22. September kommt die Biodiversitätsinitiative vors Volk. Im Parlament sind u.a. Vorstösse pendent zur Winterstromproduktion aus Wasserkraft (24.3547) und zur Stärkung der Bewässerung (23.3917). Der NR wird sich mit den Verpflichtungskrediten 2025-2028 im Umweltbereich befassen, sowie für die Restwassersanierung und die Abwasserreinigung. Zudem kommen die zwei Motionen 22.3873 und 22.3874 zur Stärkung des Grundwasserschutzes in die GPK.N. Im Zusammenhang mit den Hochwassern und Murgängen im Tessin, Südbünden und Wallis stehen Diskussionen um Ausbau und Grenzen des Hochwasserschutzes, bzw. des Risikomanagements an.